



Umfrage

Einstellungen in der Bevölkerung
zu Verteilungsfragen

in Kooperation mit dem Bündnis

 REICH  UM
UMVERTEILEN

Gerechtigkeit in Deutschland: Einstellungen der Bevölkerung zu Fragen der Verteilungsgerechtigkeit und Steuerpolitik

Ergebnisse einer Meinungsumfrage im Auftrag
des Paritätischen Gesamtverbandes und ver.di

12. September 2017

Die Umfrage

Die repräsentative Erhebung wurde vom 15. bis 18. August 2017 vom Institut Kantar Public¹ im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbandes durchgeführt. Insgesamt wurden telefonisch 1.005 wahlberechtigte Personen über 18 Jahren in Deutschland befragt. Es handelt sich dabei um eine repräsentative Zufallsauswahl (Randomstichprobe).

Bereits im Jahr 2013 sind wir der Frage nachgegangen, wie die Bevölkerung zu Positionen zur Umverteilungspolitik steht. Mit der aktuellen Umfrage wollten wir erfahren: Wie ist die Einstellung in der Bevölkerung zu unseren steuerpolitischen Forderungen sechs Wochen vor der Bundestagswahl? Wie hat sich die Meinung in der Bevölkerung seit dem Jahr 2013 verändert?

Die Befunde im Überblick

Befund 1

Bereits in der 2013er Befragung beurteilte eine außerordentliche starke Mehrheit in der Bevölkerung die gegebene Vermögensverteilung in Deutschland als ungerecht: nämlich 75 Prozent bei einer „ungestützten“, allgemein formulierten Frage und 82 Prozent bei einer „gestützten“ Frage, in der die derzeitige Vermögensverteilung dezidiert erläutert wurde.

Diese Werte liegen auch vier Jahre später immer noch auf demselben Niveau und sind praktisch konstant geblieben: Aktuell halten 75 Prozent (ungestützte Frage) bzw. 81 Prozent (gestützte Frage) die Vermögensverteilung in Deutschland für ungerecht.

Auffallend ist, dass mit Ausnahme der FDP bei den Sympathisanten aller Parteien eine deutliche Mehrheit die aktuelle Vermögensverteilung als eher ungerecht empfindet.

¹ Bis September 2016 firmierte das Institut unter dem Namen „TNS Infratest“.

Erläutert man die aktuelle Vermögensverteilung genauer, geben selbst Anhänger der CDU/CSU zu fast 80 Prozent an, sie finden die Verteilung eher ungerecht.

Befund 2

Eine deutliche Mehrheit sieht zusätzlichen Investitionsbedarf in den Bereichen Bildung (78%), bezahlbarem Wohnraum (73%), Soziales (62%) und Klimaschutz (54%). Für mehr Ausgaben in dem Bereich Verteidigung bzw. Rüstung sprechen sich lediglich 23 Prozent der Befragten aus. Dieser Befund ist bei allen Anhänger/-innen der derzeit im Bundestag vertretenen Parteien stabil.

Befund 3

Eine ebenfalls große Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass sich der Staat aktuell zu wenig für altersarme Menschen engagiert (84%). Auch bei Pflegebedürftigen (77%), den Hilfen für benachteiligte Kinder und Jugendliche (72%) und bei der Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt (53%) sieht eine deutliche Mehrheit Handlungsbedarf. Lediglich beim staatlichen Engagement für Geflüchtete ergibt sich ein anderes Bild. Hier ist es nur ein knappes Drittel das angibt, der Staat setze sich zu wenig ein, während 60 Prozent der Meinung sind, er tue genug (38%) oder sogar zu viel (22%).

Während sich die Befragten bezüglich des Handlungsbedarfs im Bereich der Pflege, der Bekämpfung von Altersarmut und der Hilfe für benachteiligte Kinder und Jugendliche über alle Parteigrenzen hinweg einig sind, dass sich der Staat mehr engagieren müsse, fallen die Einschätzungen bei anderen Bereichen differenzierter aus. So ist bei der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen nur eine Minderheit der FDP-Anhänger/-innen (28%) der Meinung, dass der Staat hier zu wenig tue. 60 Prozent von ihnen dagegen meinen, dass der Staat sich hier genau richtig engagiere, 7 Prozent meinen sogar, er engagiere sich zu viel. Auch bei den CDU/CSU Anhänger/-innen sind lediglich 42 Prozent der Befragten der Meinung, der Staat müsse hier mehr tun. Von den Anhänger/-innen von Bündnis 90/Die Grünen sind es sogar nur 38 Prozent.

Noch deutlicher sind die parteispezifischen Meinungsunterschiede bei der Frage nach der Integration von Geflüchteten: Sind es unter den Anhänger/-innen von Bündnis 90/Die Grünen die Hälfte, die meint, der Staat müsse sich mehr für die Integration von Geflüchteten engagieren, und sind es bei SPD und Linken-Anhänger/-innen auch noch immerhin 47 und 42 Prozent, sind es bei den CDU-Nahestehenden nur noch 35 Prozent, bei FDP 27 Prozent und bei dem AfD-Anhänger/-innen nur noch 2 Prozent. 68 Prozent von ihnen gaben dagegen an, dass der Staat hier zu viel tue.

Befund 4

Es gibt nach wie vor eine ungebrochen hohe Zustimmung in der Bevölkerung (74%) zu einer stärkeren Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen. Vergleicht man diesen Wert mit den Ergebnissen der Umfrage 2013 (74%) so zeigt sich, dass sich in den vergangenen vier Jahren kaum etwas an dieser Einstellung gewandelt hat. Bedenkt man, dass anders als in diesem Jahr das Thema Steuerpolitik den Wahlkampf 2013 stark geprägt hat wird deutlich, dass die Forderung nach einer gerechten Steuerpolitik ungebrochen hohe Zustimmung erhält.

Allerdings unterscheiden sich die Zustimmungswerte stark nach Parteipräferenzen. So sprechen sich alle Parteianhänger/-innen, bis auf die der FDP, (sehr) deutlich für eine

stärkere Besteuerung aus. Fast neun von zehn Anhänger/-innen von B90/Grüne (89%), Linke (87%) und SPD (87%) sind für eine stärkere Umverteilung.

Große Zustimmung für die stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen und Vermögen gibt es aber auch bei CDU/CSU-Anhänger/-innen (74%), AfD-Anhänger/-innen (72%) und den noch Unentschlossenen (74%).

Befund 5

Interessanterweise sehen 77 Prozent derjenigen, die sich für eine höhere Besteuerung von hohem Vermögen und großen Einkommen ausgesprochen haben, in der Vermögenssteuer die Steuer der Wahl. Über alle Parteigrenzen hinweg gibt es hier eine deutliche Mehrheit bei den Befragten.

Immer noch insgesamt gut zwei Drittel sprechen sich für eine Erhöhung der Einkommenssteuer aus (67%). Von den FDP-Anhänger/-innen wird die Erhöhung dieser Steuerart sogar als geeigneter angesehen, als die Vermögenssteuer.

Lediglich die Erbschaftssteuer wird von weniger als der Hälfte der Befragten als geeignete Steuer angesehen. Nur bei Anhänger/-innen der Linken gibt es mit 65 Prozent eine Mehrheit für eine Erhöhung. Schlusslicht sind hier CDU/CSU und FDP-Anhänger/-innen mit jeweils 36 Prozent.

Befund 6

Fast drei Viertel der Bevölkerung stimmen der Aussage eher zu, dass die Kluft zwischen Arm und Reich den sozialen Frieden gefährde (70%). Nur gut ein Viertel (27%) glaubt das eher nicht. Auch diese Werte haben sich seit der letzten Umfrage aus dem Jahr 2013 praktisch nicht verändert. Vor der letzten Bundestagswahl waren 72 Prozent der Befragten der Meinung, der soziale Friede sei gefährdet, 28 Prozent stimmten der These eher nicht zu.

Insgesamt scheint sich die These von einer Gefährdung des sozialen Friedens durch die Kluft zwischen Arm und Reich ganz mehrheitlich durch die Parteipräferenzen zu ziehen. Während nach parteipolitischer Präferenz die Anhänger/-innen der AfD der These zu 86 Prozent zustimmen, liegt die Zustimmung bei Anhänger/-innen von SPD und Grünen mit 76 und 75 Prozent Zustimmung knapp über dem Durchschnitt der Bevölkerung. Bei den Anhänger/-innen der Linken sind es mit 72 Prozent nur etwas weniger. Bei den Anhänger/-innen der Union stimmen immerhin noch 59 Prozent und bei der FDP noch 58 Prozent der These zu.

Fazit:

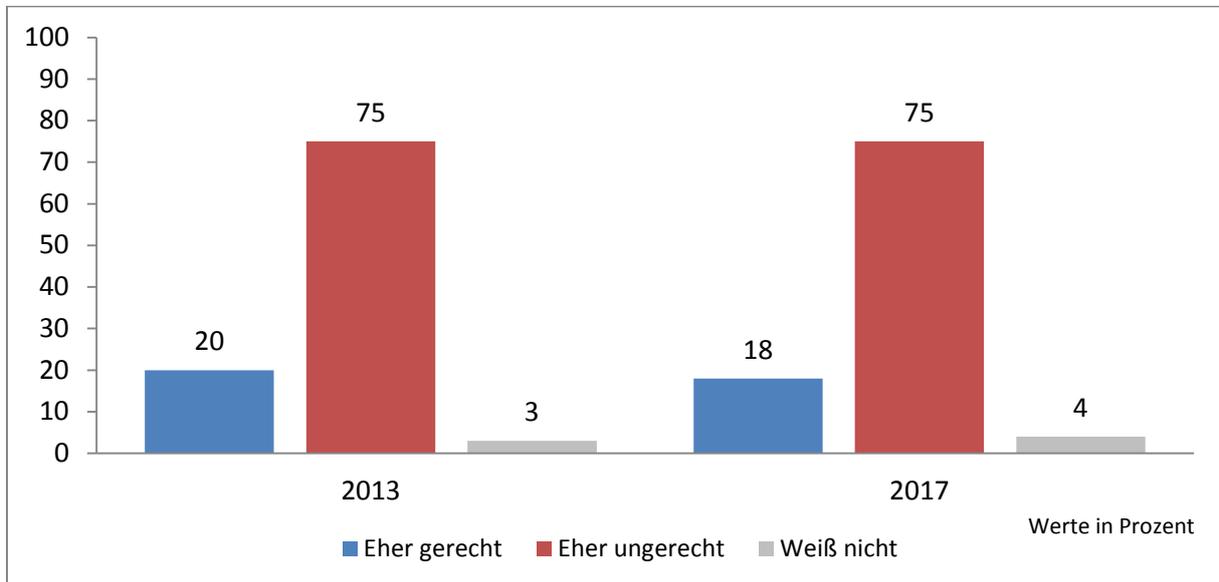
Die Befragung zeigt: Auch vier Jahre nach den letzten Bundestagswahlen sind die Menschen nach wie vor stark sensibilisiert für die Frage der Vermögensverteilung und die Notwendigkeit sozialer Investitionen. Nach wie vor sieht eine breite Mehrheit in der Bevölkerung die Vermögensverteilung als ungerecht an. Dies trifft, mit Ausnahme der FDP, auf Anhänger/-innen aller Parteien zu. Des Weiteren ist eine breite Mehrheit der Ansicht, die Kluft zwischen Arm und Reich gefährde den sozialen Frieden in Deutschland. Dies zeigt sich besonders bei Anhänger/-innen der AfD. Ebenfalls findet sich in der Bevölkerung eine große Mehrheit für die Notwendigkeit eines verstärkten Engagements des Staates bei der Bildung, der Schaffung bezahlbaren Wohnraumes und im Sozialbereich – von der Pflege bis

zur Bekämpfung der Altersarmut. Diese Einstellung findet sich in unterschiedlicher Ausprägung unter den Anhänger/-innen aller Parteien und selbst bei der Hauptzielgruppe des aktuellen Wahlkampfes - bei der Gruppe der hinsichtlich der Parteipräferenz Unentschiedenen.

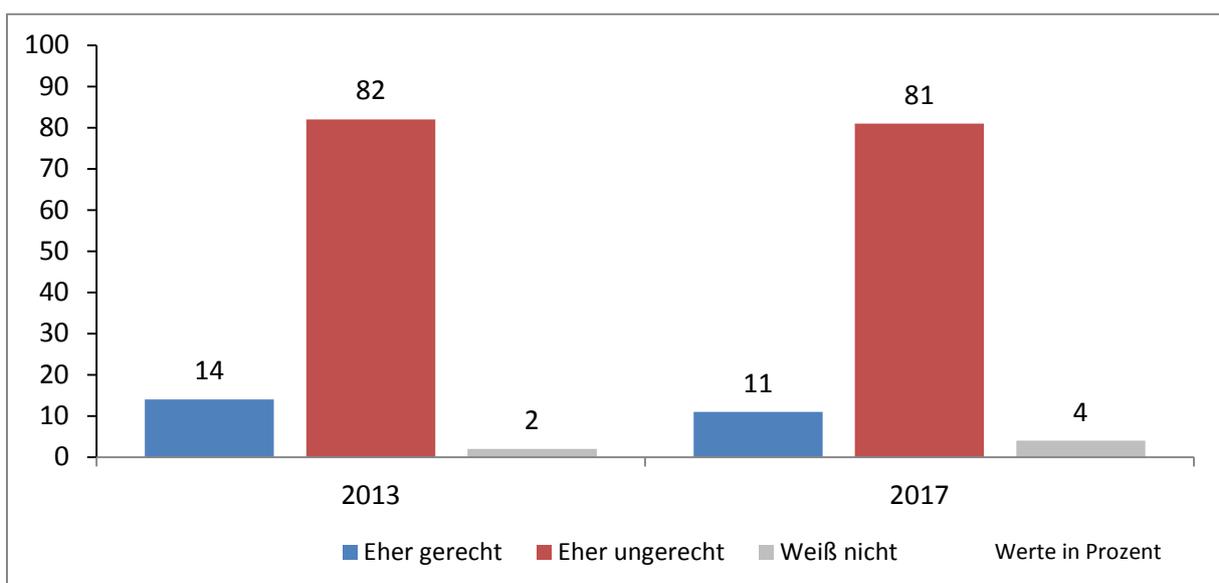
Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Befragung, dass sich die Bevölkerung auch nach vier Jahren großer Koalition weiterhin eine steuerpolitische Kehrtwende wünscht, um notwendige gesellschaftliche Investitionen finanzieren zu können und insgesamt mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen.

Die Ergebnisse im Einzelnen²

1A.) Wenn Sie nun einmal an die Verteilung des privaten Vermögens in Deutschland denken: Würden Sie da sagen, dass die Vermögensverteilung in Deutschland eher gerecht oder eher ungerecht ist?

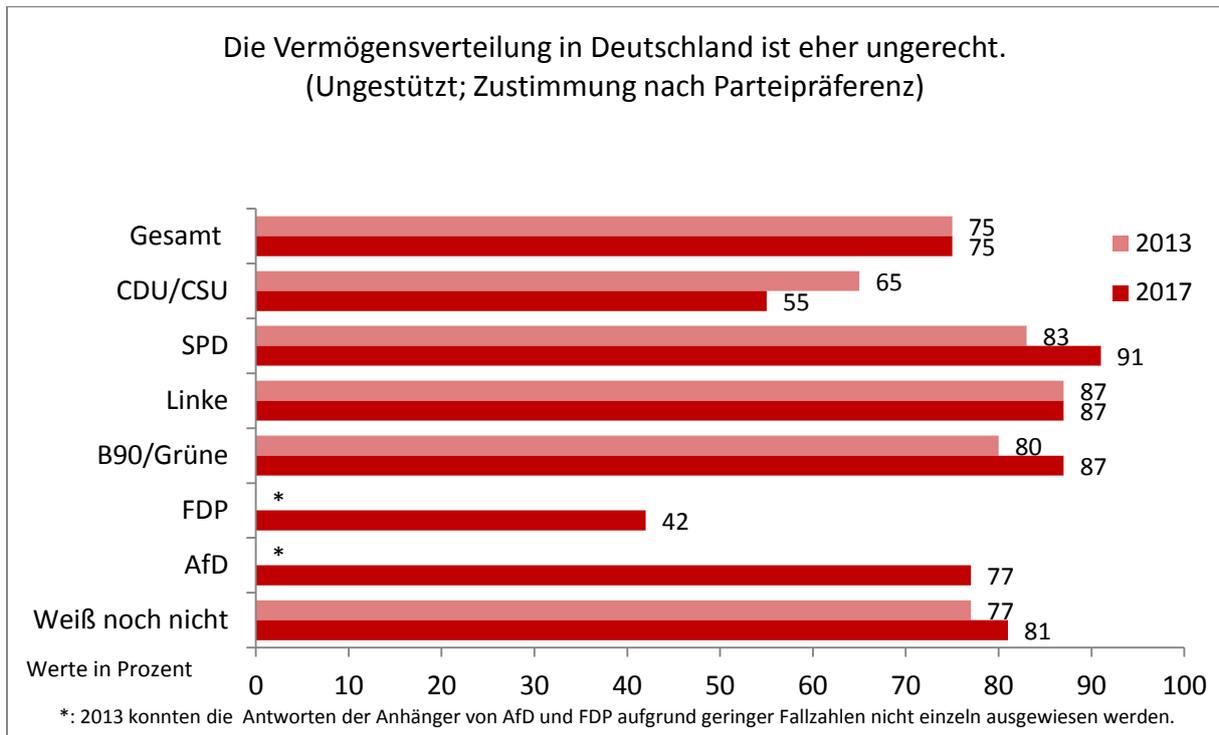


1B.) Nach einem aktuellen Bericht der Bundesregierung verfügen die reichsten 10 Prozent der Privathaushalte in Deutschland über 52 Prozent des gesamten Vermögens, die untere Hälfte der Gesellschaft über 1 Prozent. Würden Sie sagen, dass die Vermögensverteilung in Deutschland eher gerecht oder eher ungerecht ist?

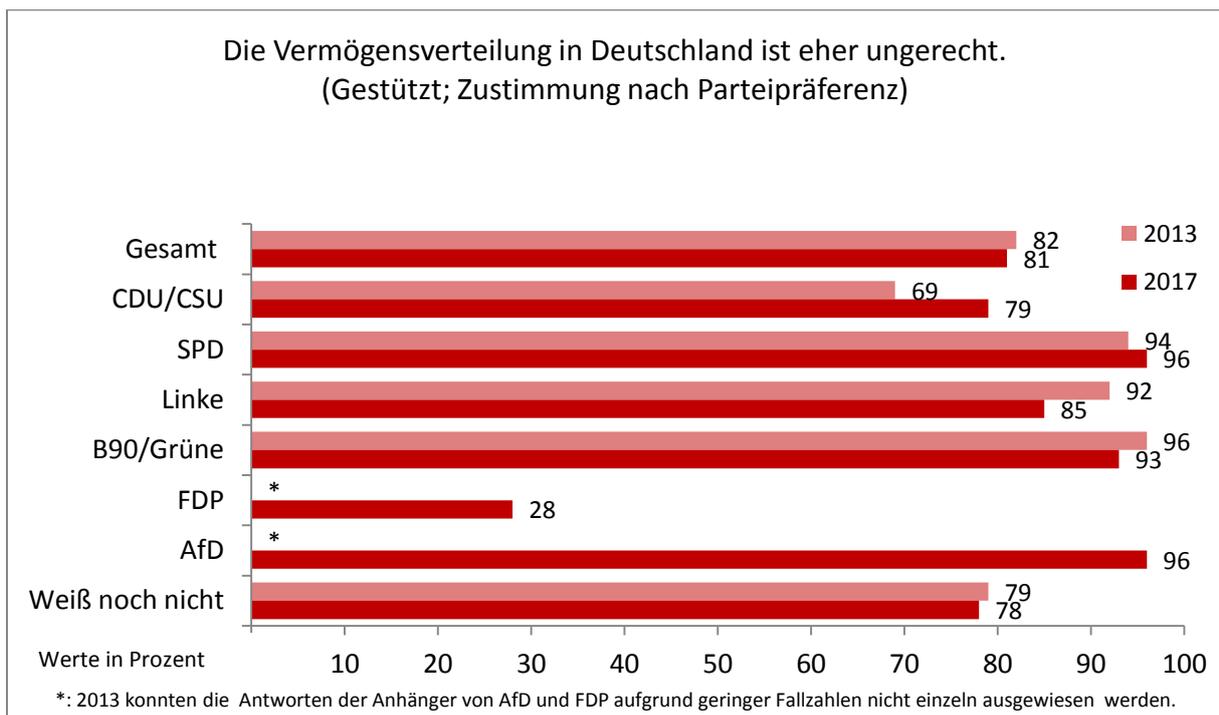


² Grafiken z.T. ohne Missings aufbereitet.

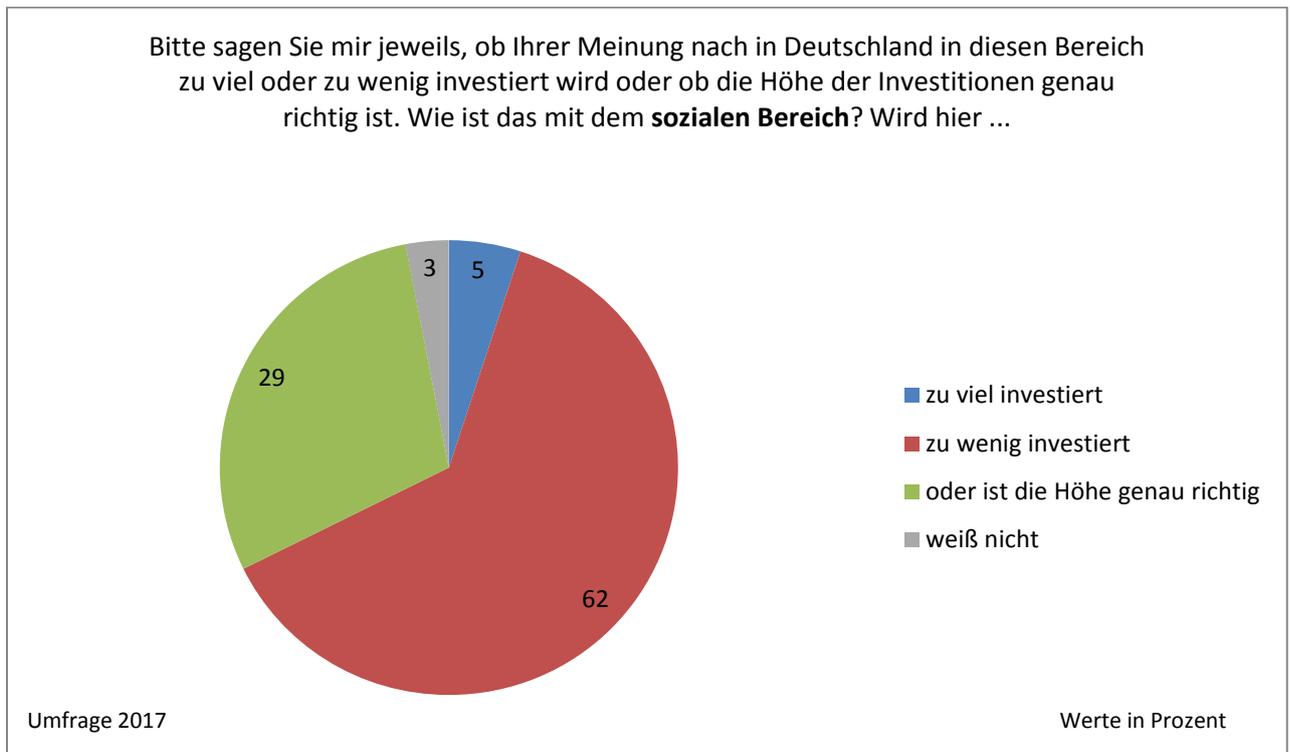
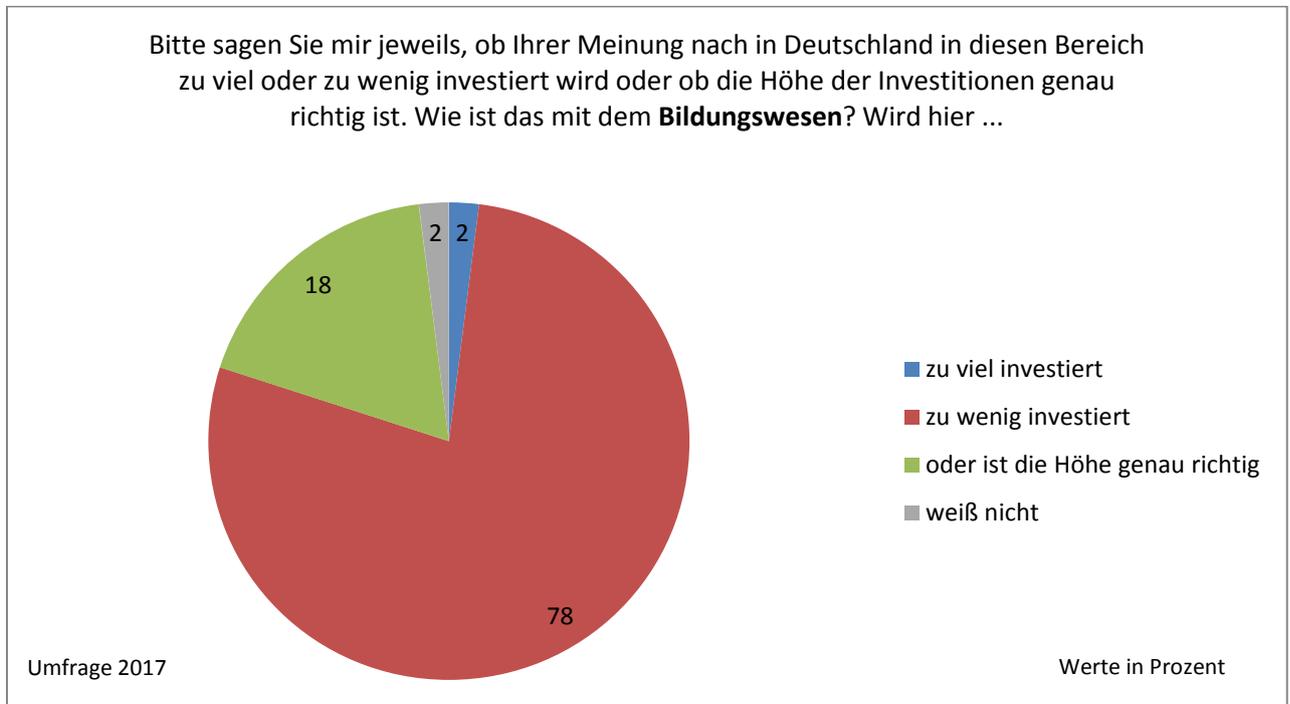
1A.) Wenn Sie nun einmal an die Verteilung des privaten Vermögens in Deutschland denken: Würden Sie da sagen, dass die Vermögensverteilung in Deutschland eher gerecht oder eher ungerecht ist?



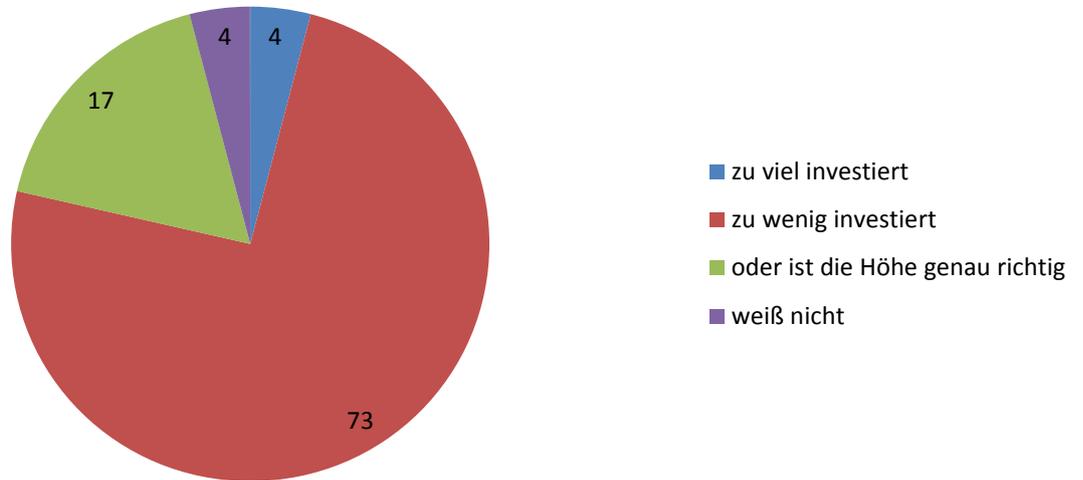
1B: Nach einem aktuellen Bericht der Bundesregierung verfügen die reichsten 10 Prozent der Privathaushalte in Deutschland über 52 Prozent des gesamten Vermögens, die untere Hälfte der Gesellschaft über 1 Prozent. Würden Sie sagen, dass die Vermögensverteilung in Deutschland eher gerecht oder eher ungerecht ist?



2.) Ich lese Ihnen verschiedene Bereiche vor, in die der Staat finanzielle Mittel investiert. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Ihrer Meinung nach in Deutschland in diesen Bereich zu viel oder zu wenig investiert wird oder ob die Höhe der Investitionen genau richtig ist. Wie ist das mit Wird hier ...



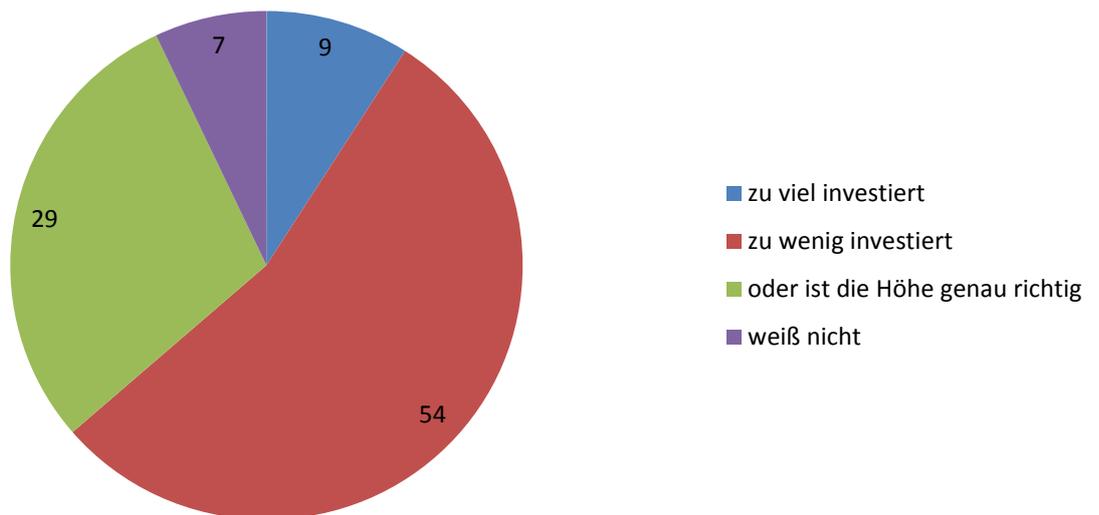
Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Ihrer Meinung nach in Deutschland in diesen Bereich zu viel oder zu wenig investiert wird oder ob die Höhe der Investitionen genau richtig ist. Wie ist das mit dem **bezahlbaren Wohnraum**? Wird hier ...



Umfrage 2017

Werte in Prozent

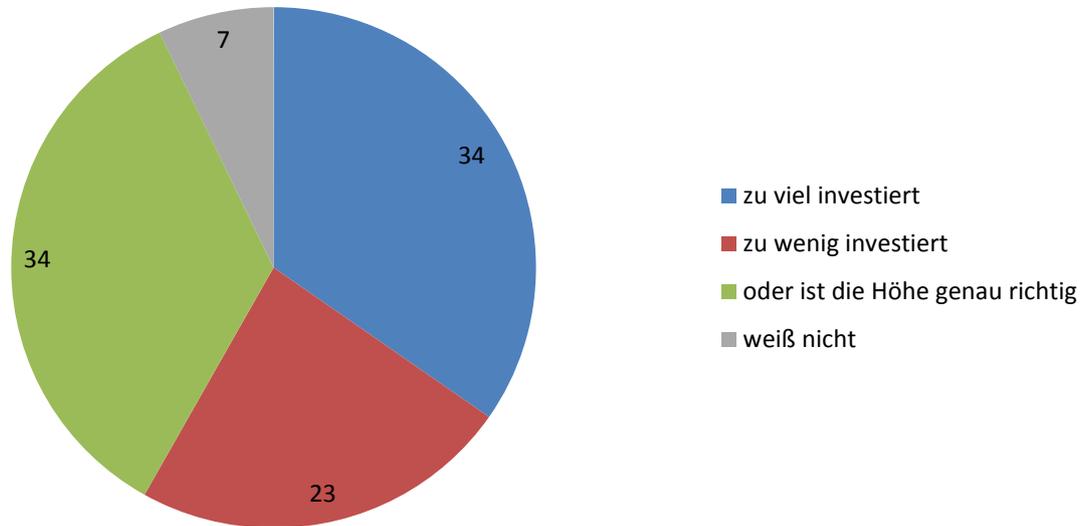
Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Ihrer Meinung nach in Deutschland in diesen Bereich zu viel oder zu wenig investiert wird oder ob die Höhe der Investitionen genau richtig ist. Wie ist das mit dem **Klimaschutz**? Wird hier ...



Umfrage 2017

Werte in Prozent

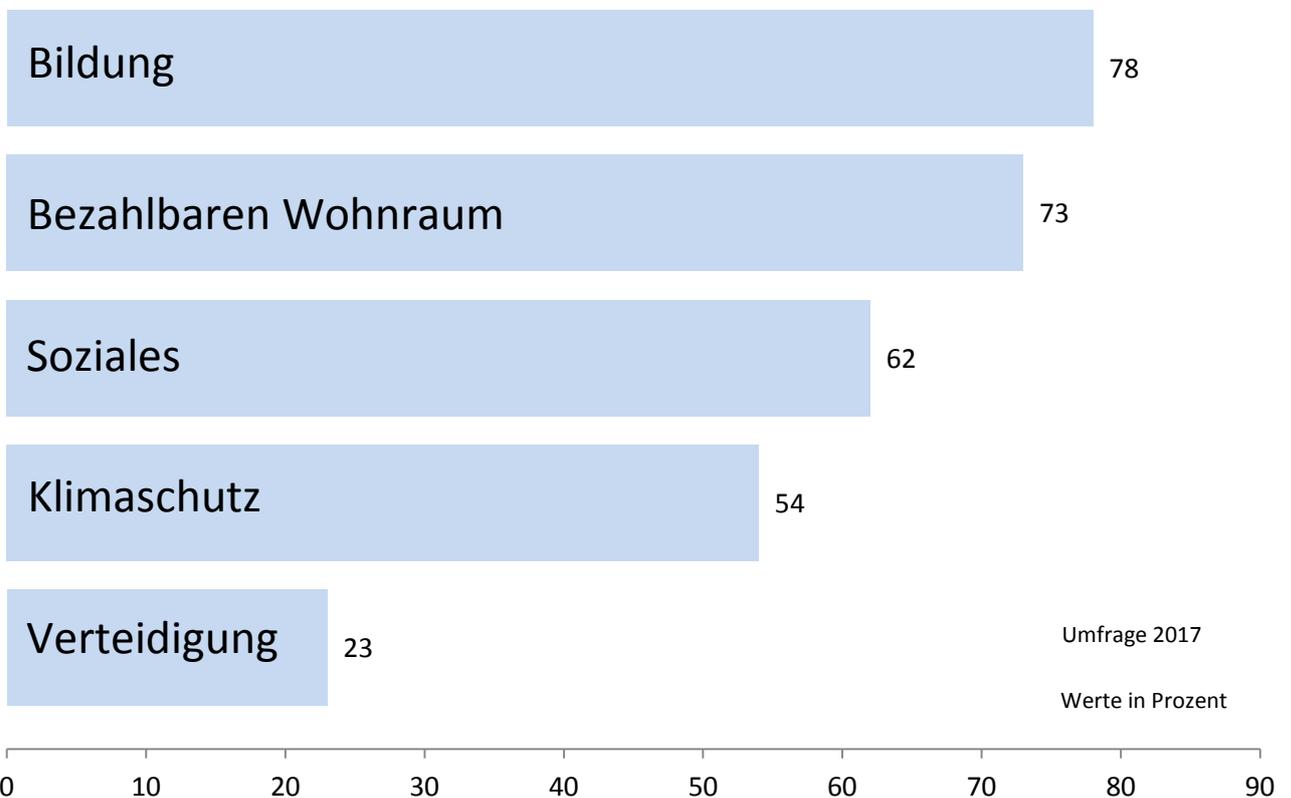
Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Ihrer Meinung nach in Deutschland in diesen Bereich zu viel oder zu wenig investiert wird oder ob die Höhe der Investitionen genau richtig ist. Wie ist das mit der **Verteidigung bzw. Rüstung**? Wird hier ...



Umfrage 2017

Werte in Prozent

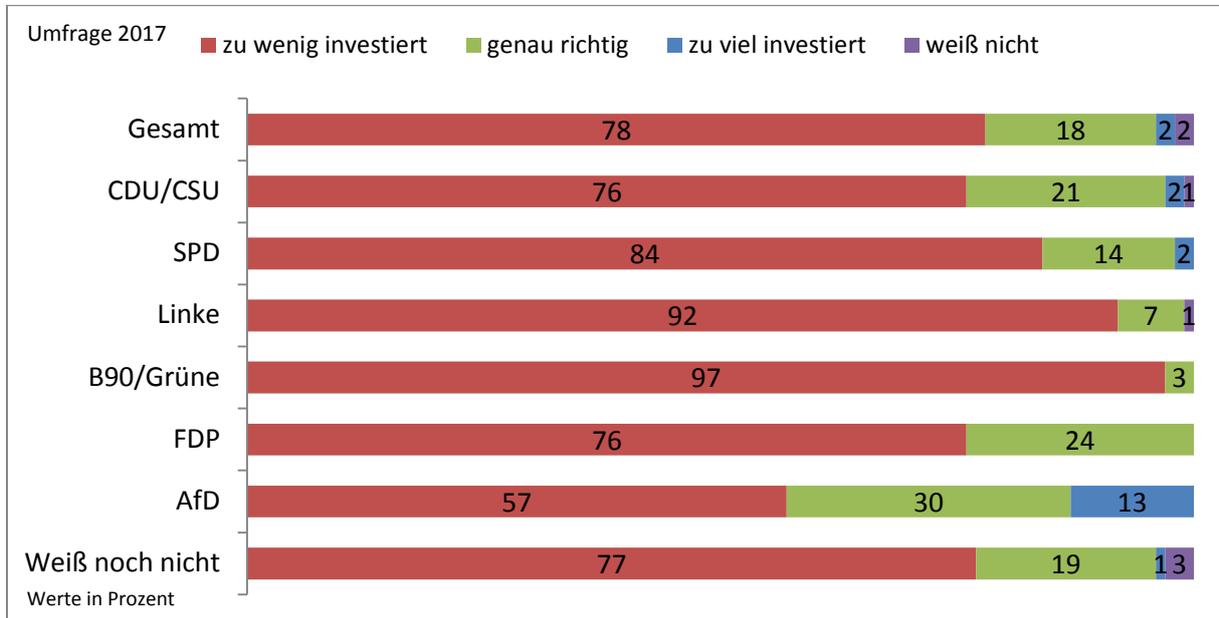
Ich bin der Meinung, der Staat muss mehr investieren in...



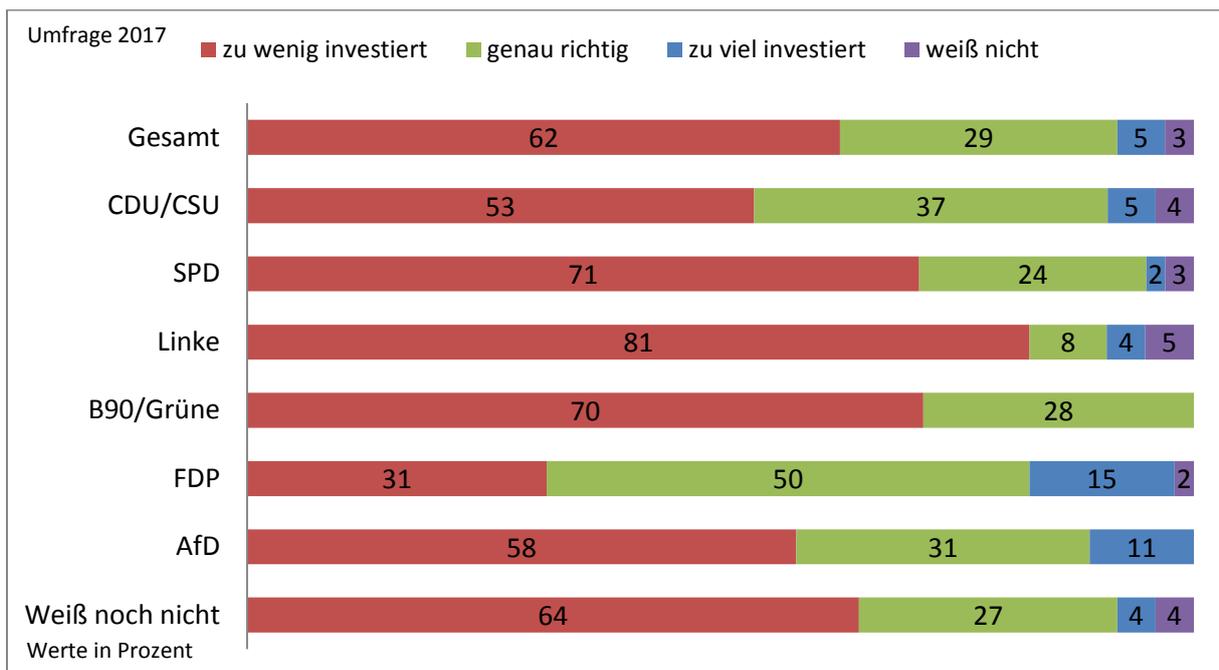
Umfrage 2017

Werte in Prozent

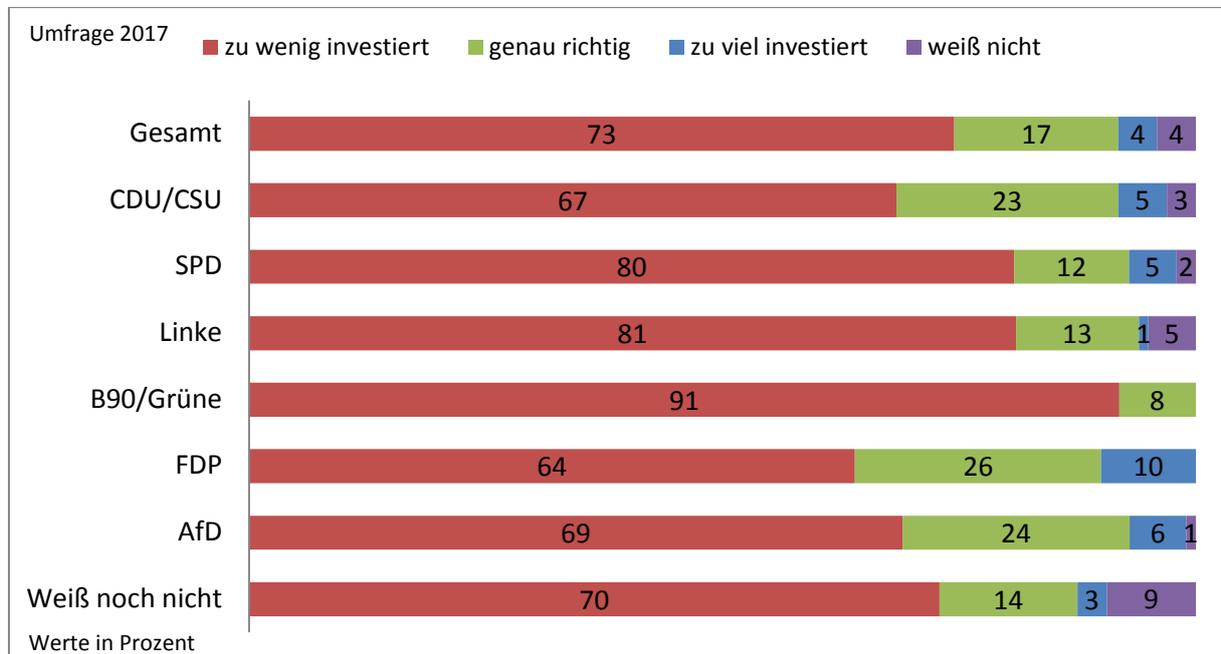
2A.) Ich lese Ihnen verschiedene Bereiche vor, in die der Staat finanzielle Mittel investiert. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Ihrer Meinung nach in Deutschland in diesen Bereich zu viel oder zu wenig investiert wird oder ob die Höhe der Investitionen genau richtig ist. Wie ist das mit **dem Bildungswesen**? Wird hier ...



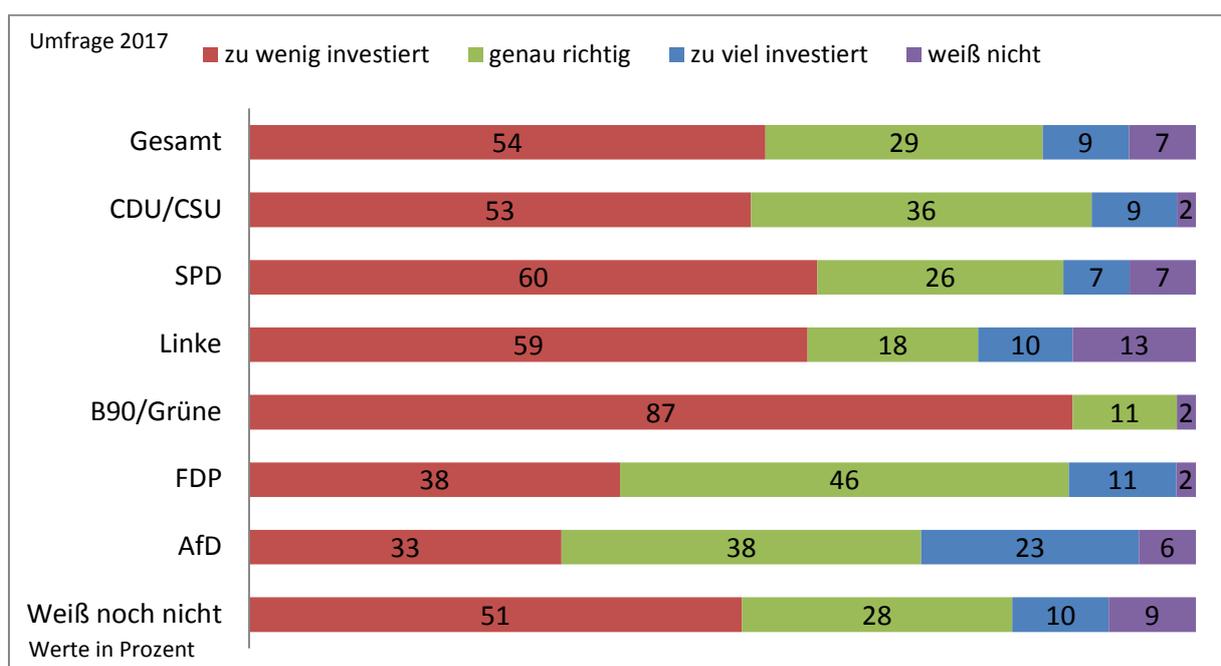
2B.) Ich lese Ihnen verschiedene Bereiche vor, in die der Staat finanzielle Mittel investiert. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Ihrer Meinung nach in Deutschland in diesen Bereich zu viel oder zu wenig investiert wird oder ob die Höhe der Investitionen genau richtig ist. Wie ist das mit **dem sozialen Bereich**? Wird hier ...



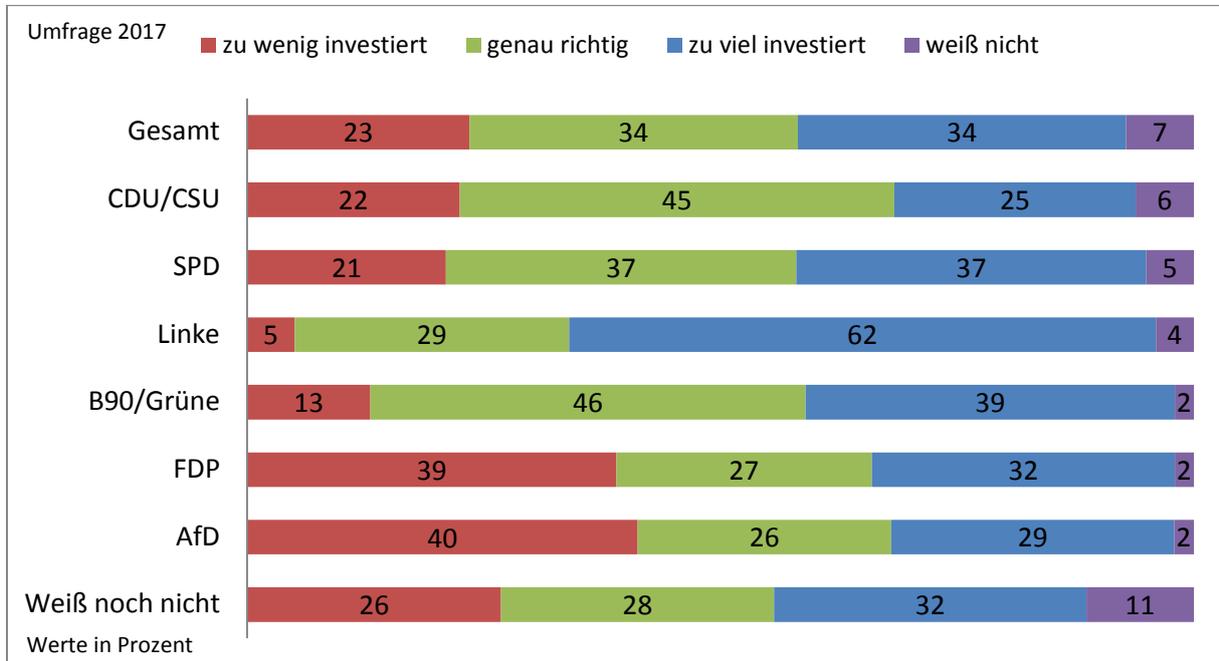
2C.) Ich lese Ihnen verschiedene Bereiche vor, in die der Staat finanzielle Mittel investiert. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Ihrer Meinung nach in Deutschland in diesen Bereich zu viel oder zu wenig investiert wird oder ob die Höhe der Investitionen genau richtig ist. Wie ist das mit dem **bezahlbaren Wohnraum**? Wird hier ...



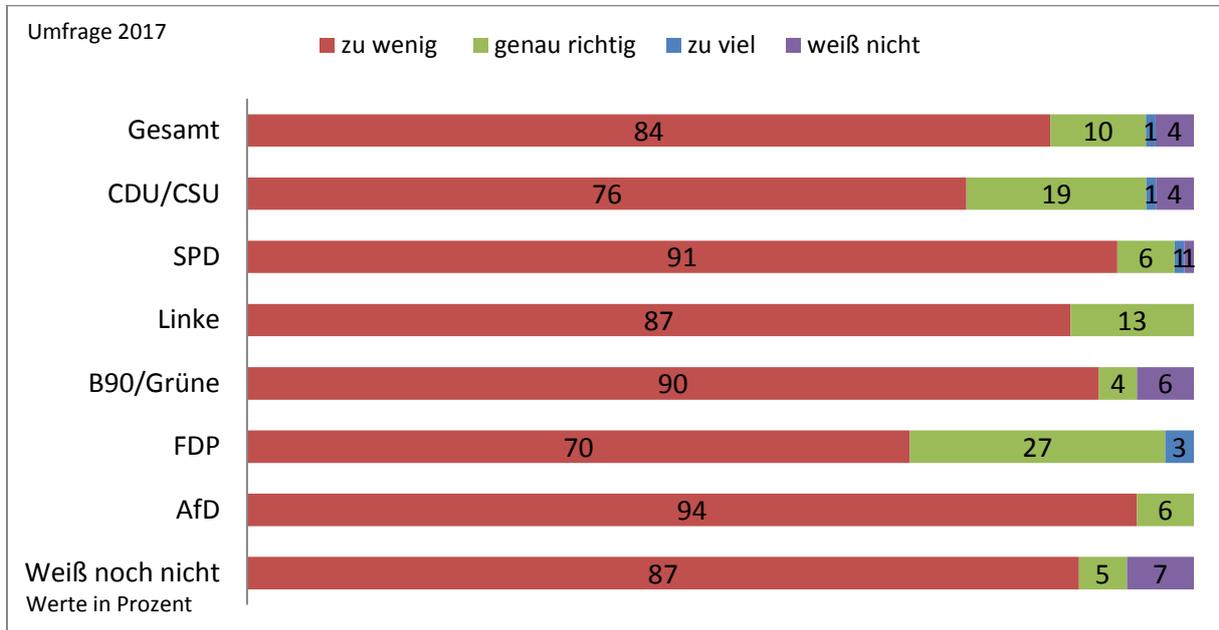
2D.) Ich lese Ihnen verschiedene Bereiche vor, in die der Staat finanzielle Mittel investiert. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Ihrer Meinung nach in Deutschland in diesen Bereich zu viel oder zu wenig investiert wird oder ob die Höhe der Investitionen genau richtig ist. Wie ist das mit **dem Klimaschutz**? Wird hier ...



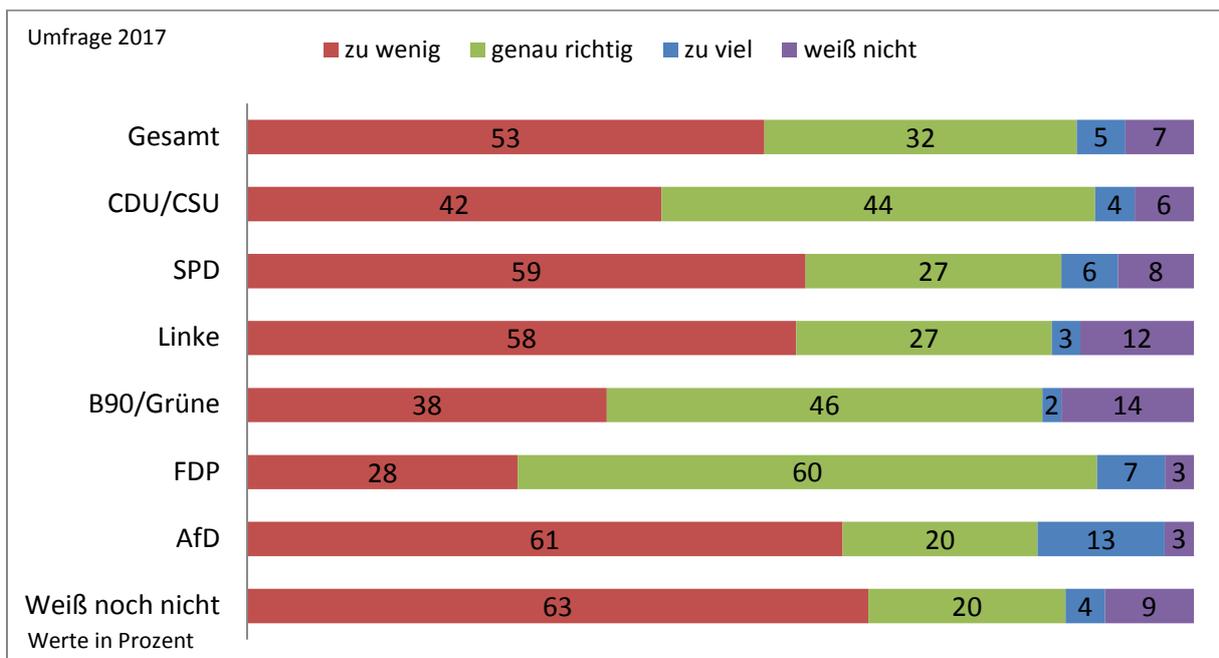
2E.) Ich lese Ihnen verschiedene Bereiche vor, in die der Staat finanzielle Mittel investiert. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Ihrer Meinung nach in Deutschland in diesen Bereich zu viel oder zu wenig investiert wird oder ob die Höhe der Investitionen genau richtig ist. Wie ist das mit **der Verteidigung bzw. Rüstung**? Wird hier ...



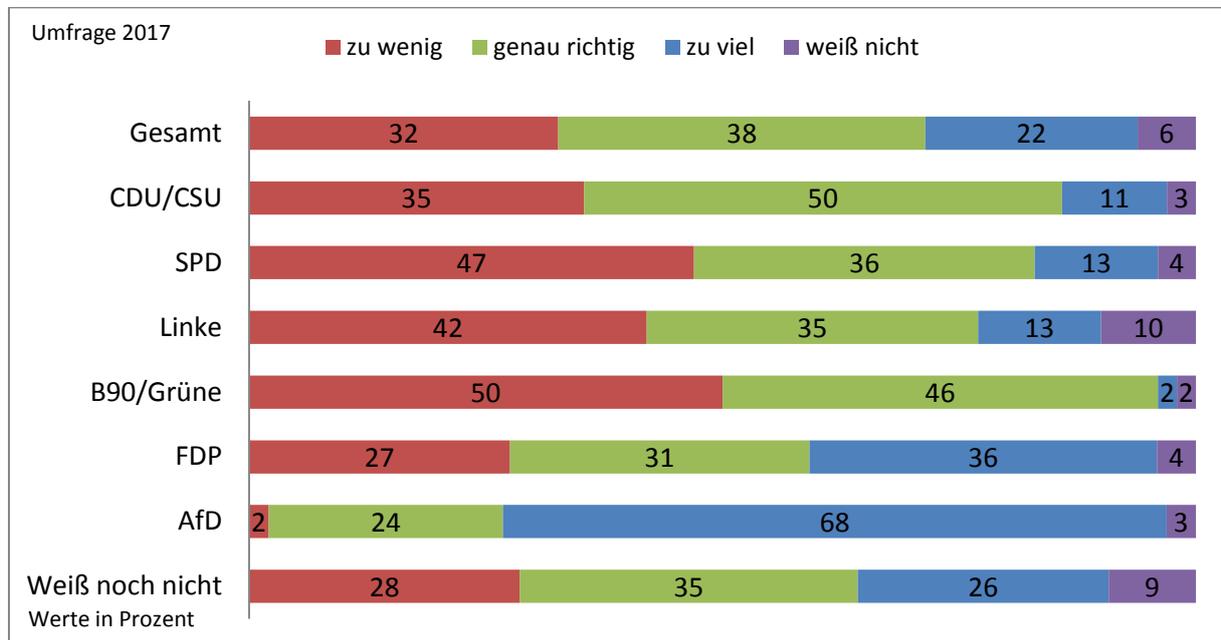
3A.) Ich lese Ihnen verschiedene Aufgabenfelder vor, für die der Staat zuständig ist. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob sich der Staat Ihrer Meinung nach hier zu viel oder zu wenig einsetzt, oder ob sein Einsatz genau richtig ist. Wie ist das mit dem Einsatz für die **Bekämpfung von Altersarmut**? Setzt sich der Staat hier ...



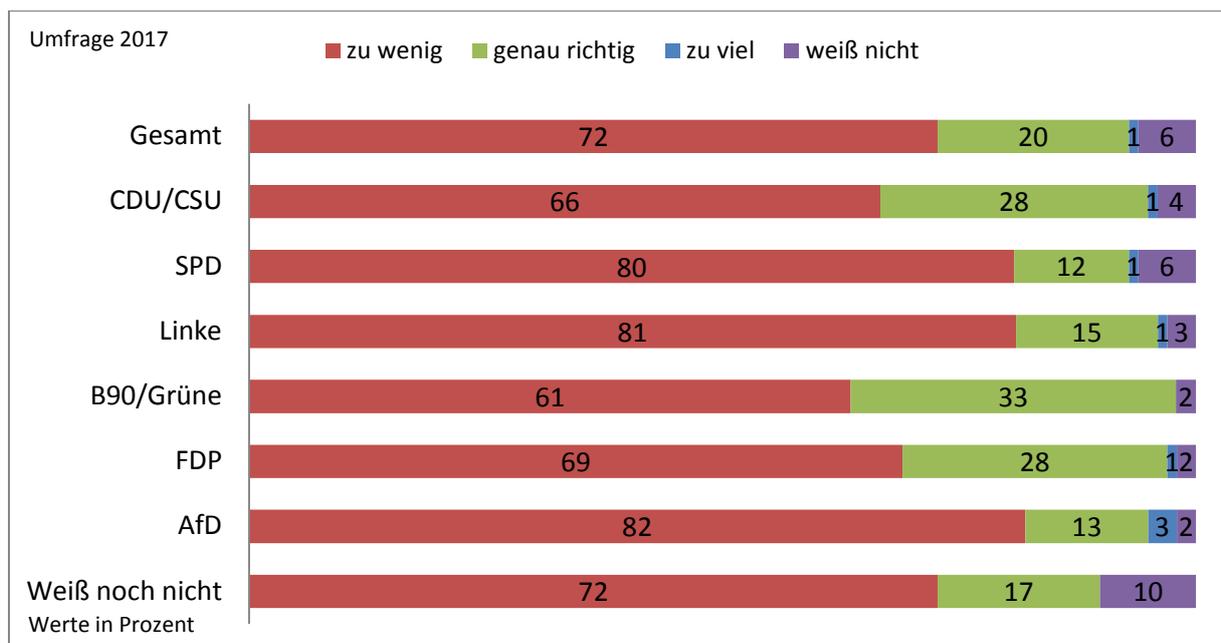
3B.) Ich lese Ihnen verschiedene Aufgabenfelder vor, für die der Staat zuständig ist. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob sich der Staat Ihrer Meinung nach hier zu viel oder zu wenig einsetzt, oder ob sein Einsatz genau richtig ist. Wie ist das mit dem Einsatz für die **Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit**? Setzt sich der Staat hier ...



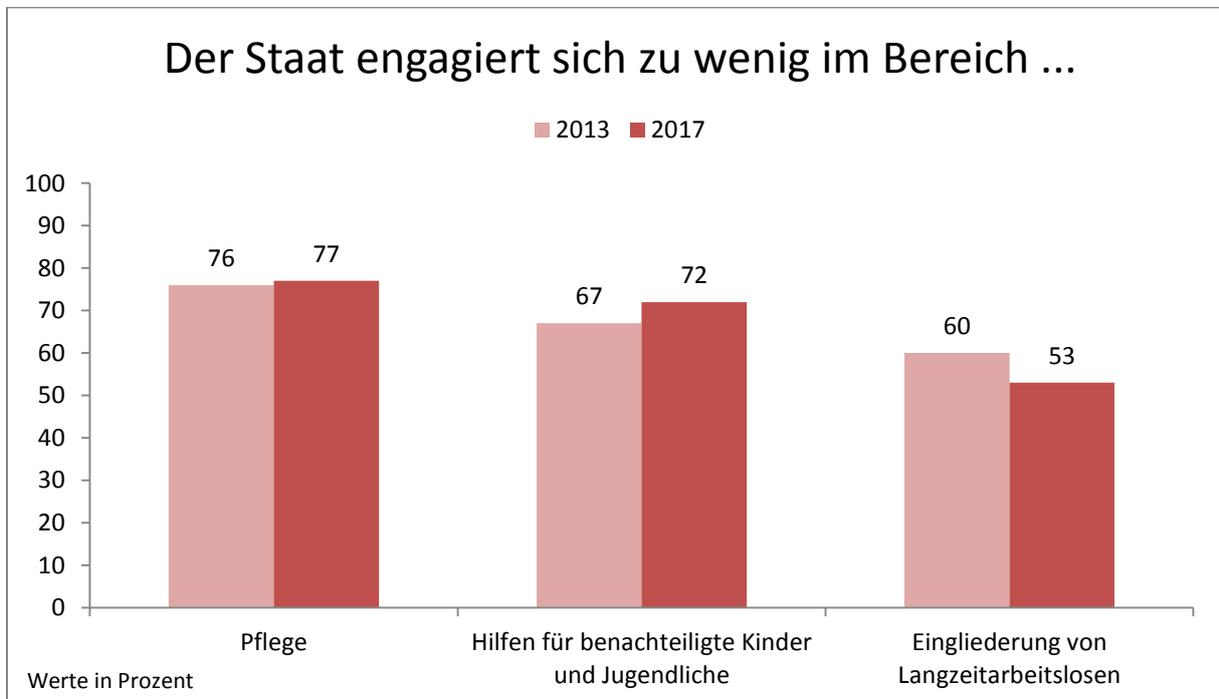
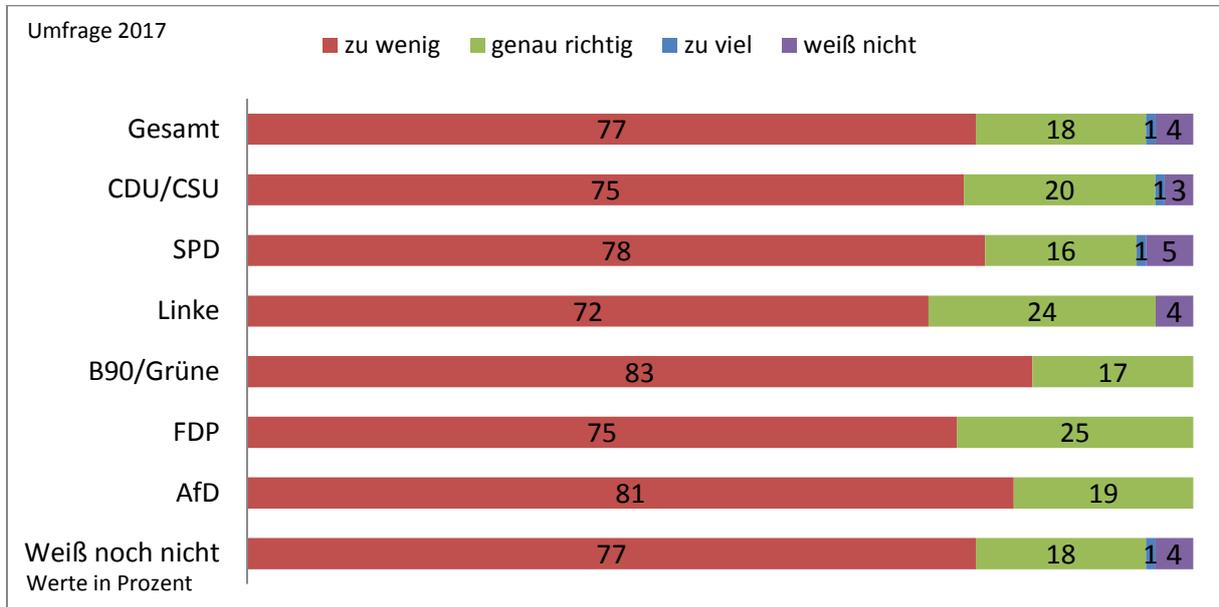
3C.) Ich lese Ihnen verschiedene Aufgabenfelder vor, für die der Staat zuständig ist. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob sich der Staat Ihrer Meinung nach hier zu viel oder zu wenig einsetzt, oder ob sein Einsatz genau richtig ist. Wie ist das mit dem Einsatz für die **Integration geflüchteter Menschen**? Setzt sich der Staat hier ...



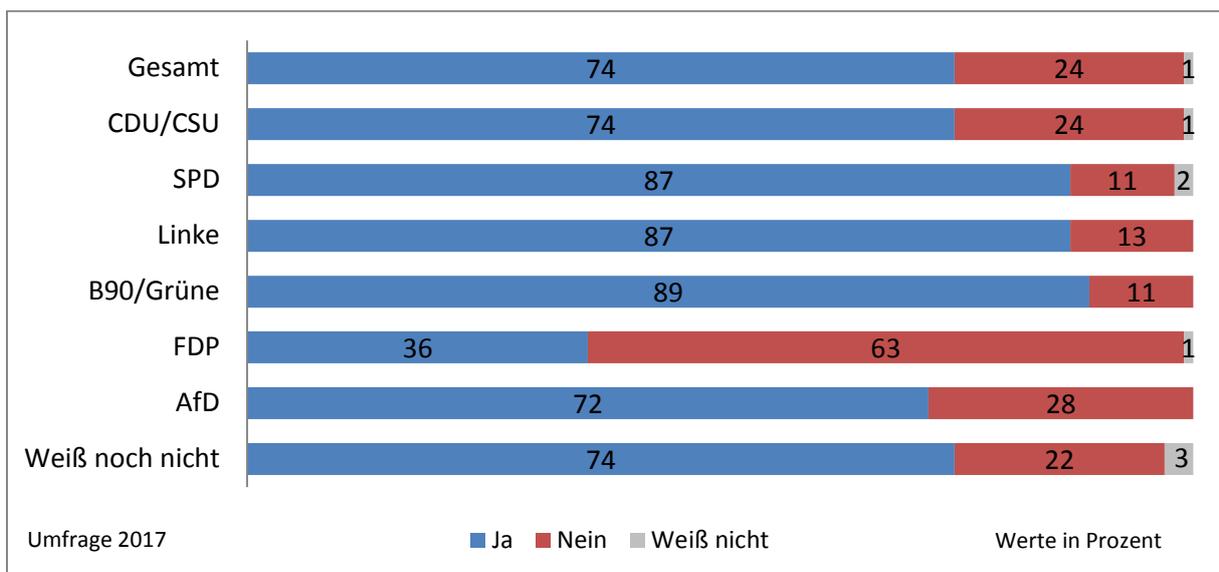
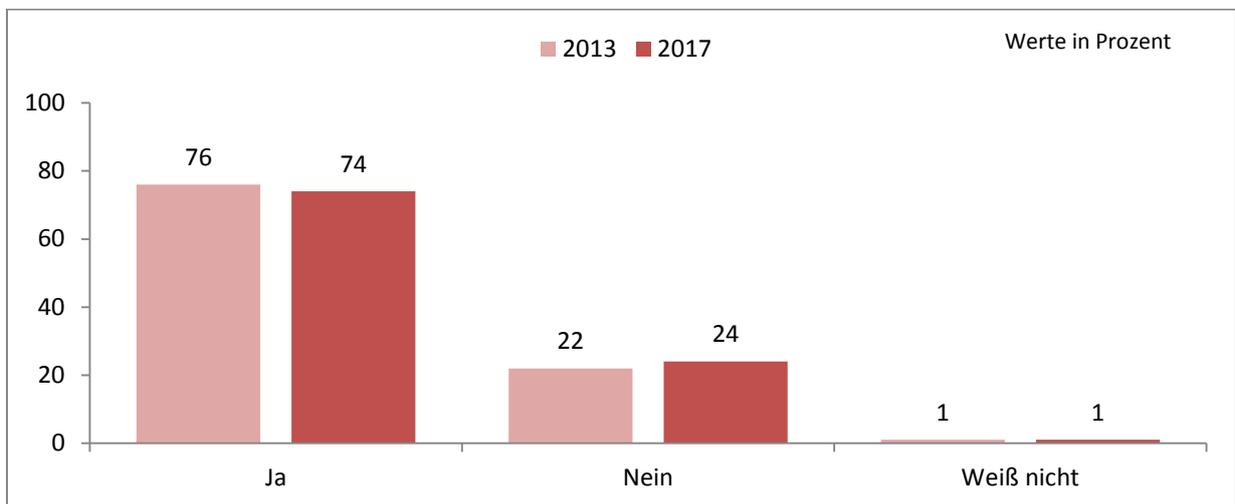
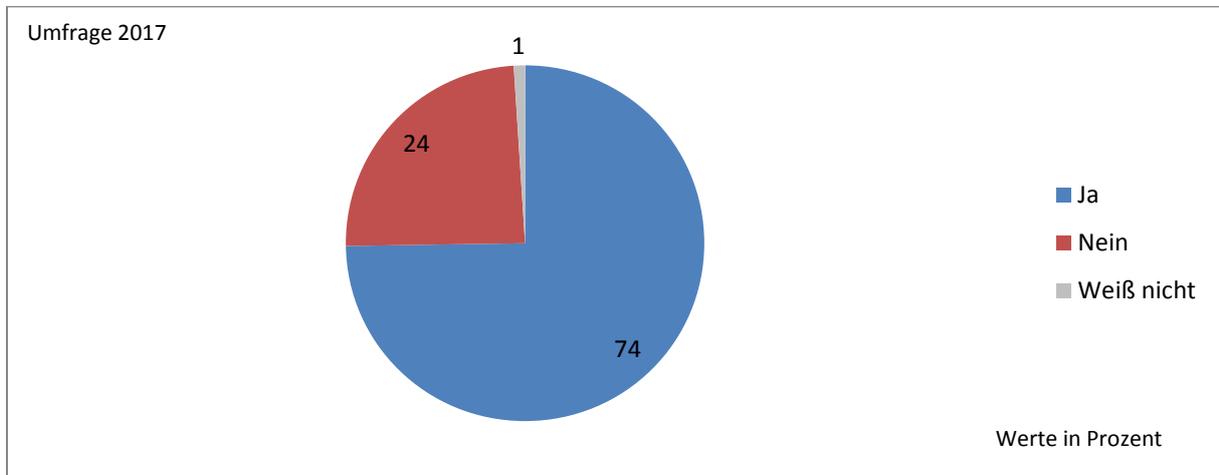
3D.) Ich lese Ihnen verschiedene Aufgabenfelder vor, für die der Staat zuständig ist. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob sich der Staat Ihrer Meinung nach hier zu viel oder zu wenig einsetzt, oder ob sein Einsatz genau richtig ist. Wie ist das mit dem Einsatz für die **Hilfen für benachteiligte Kinder und Jugendliche**? Setzt sich der Staat hier ...



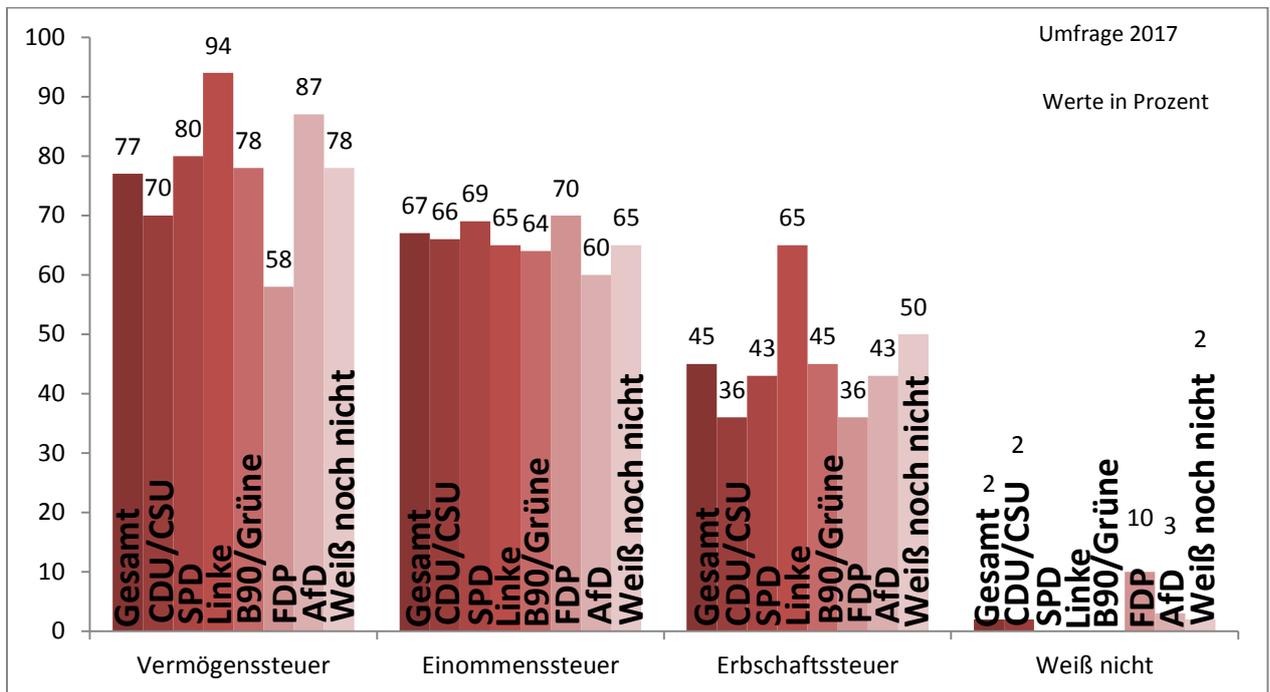
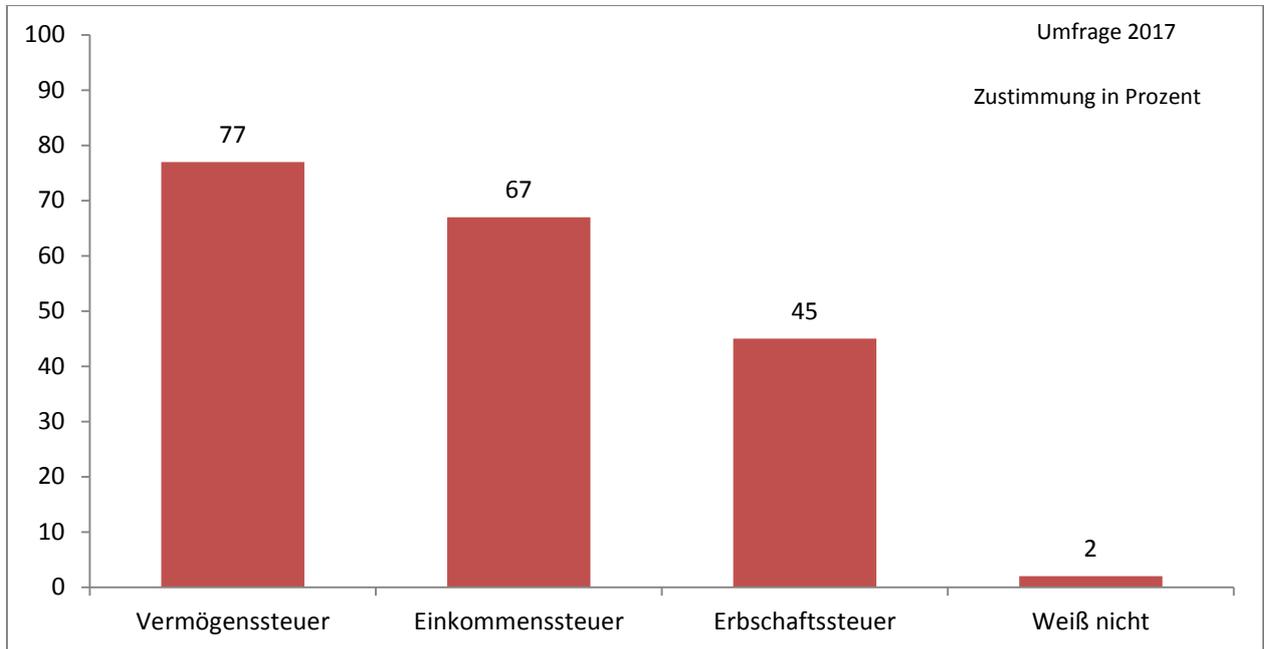
3E.) Ich lese Ihnen verschiedene Aufgabenfelder vor, für die der Staat zuständig ist. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob sich der Staat Ihrer Meinung nach hier zu viel oder zu wenig einsetzt, oder ob sein Einsatz genau richtig ist. Wie ist das mit dem Einsatz für die **Versorgung von Pflegebedürftigen**? Setzt sich der Staat hier ...



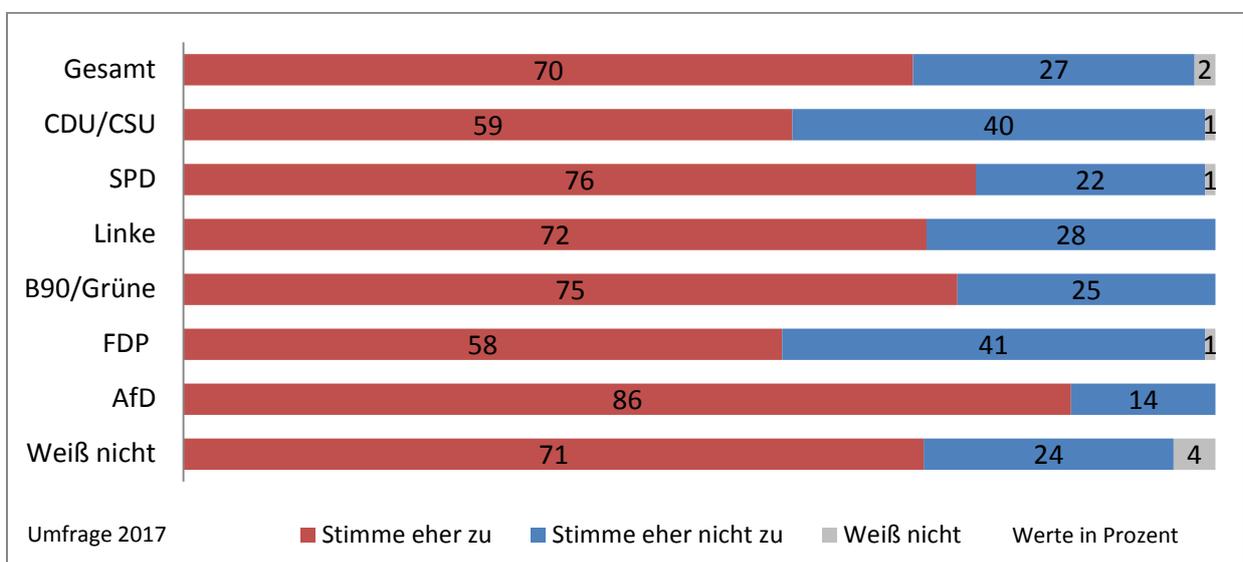
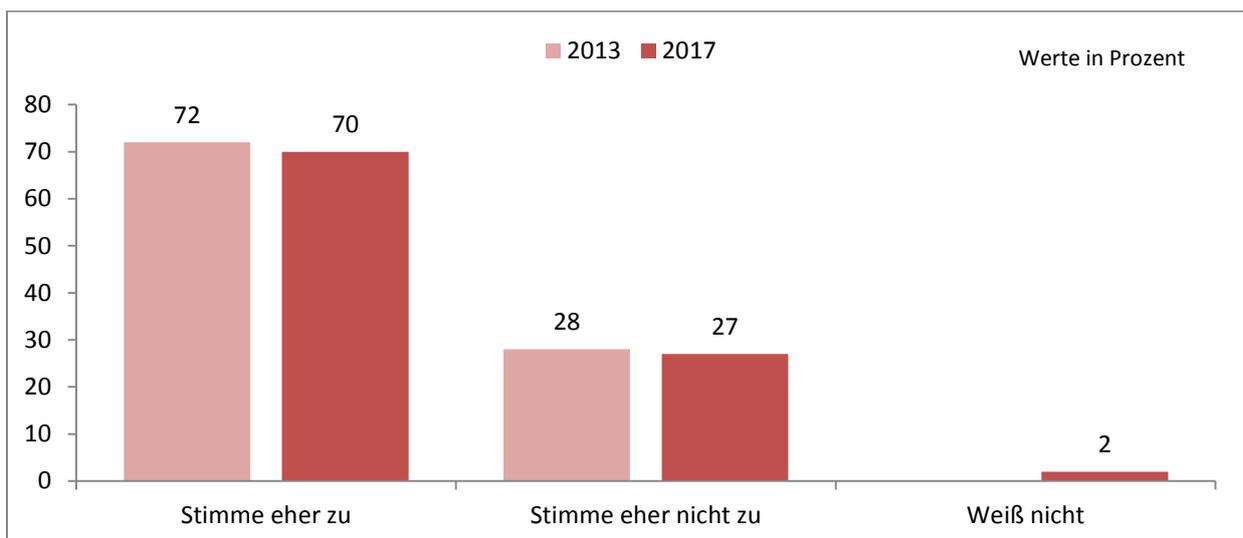
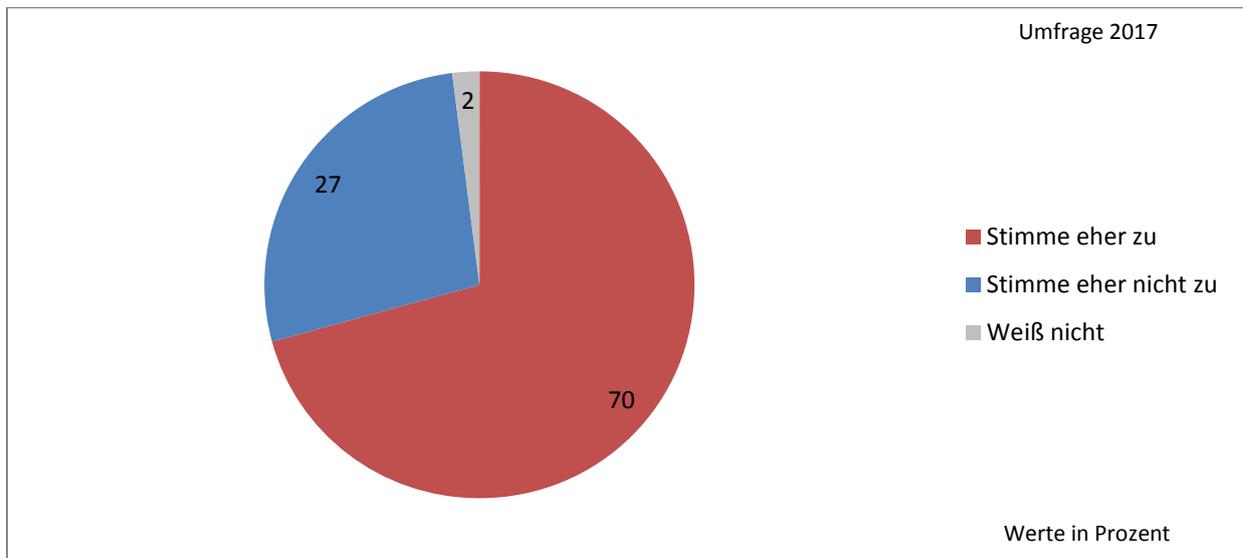
4.) Sollten Ihrer Meinung nach in Deutschland Personen mit sehr hohem Einkommen und sehr großen Vermögen höhere Steuern zahlen als bisher, damit mehr finanzielle Mittel für öffentliche Aufgaben zur Verfügung stehen?



5.) Personen mit sehr hohen Einkommen und sehr großen Vermögen sollten höhere Steuern zahlen als bisher. **Und welche der folgenden Steuern sollten Ihrer Meinung nach für diese sehr vermögenden Personen erhöht werden?**



6.) Derzeit wird in Deutschland viel über die Kluft zwischen Arm und Reich diskutiert. In diesem Zusammenhang wird auch die Meinung vertreten, dass dadurch der **soziale Friede** in Deutschland gefährdet sei. Würden Sie dieser Aussage eher zustimmen oder eher nicht zustimmen?



Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
– Gesamtverband e.V.

Oranienburger Str. 13-14

D-10178 Berlin

Telefon: +49 (0)30 – 24 636-0

Telefax: +49 (0)30 – 24 636-110

E-Mail: info@paritaet.org

Internet: www.paritaet.org

Verantwortlich:

Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Christian Woltering

Janina Trebing

September 2017